

Wir wollen wählen können! Gentechnikfreie Lebensmittelproduktion sichern.

Resolution deutscher Jugendverbände, 19.01.2023

Resolution zum Thema Neue Gentechnik aus der Perspektive junger Menschen, die sich im Lebensmittelbereich, ob Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung, eine Existenz aufbauen wollen oder frisch aufgebaut haben

Die deutschen Jugendverbände fordern, dass die EU-Gentechnikgesetzgebung auch weiterhin einen klaren Rahmen vorgibt, der eine gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft möglich macht und schützt.

Wir wollen auch in Zukunft, ob ökologisch oder konventionell, gentechnikfrei hochwertige Lebensmittel erzeugen, züchten, anbauen, verarbeiten, vermarkten und konsumieren können. Dazu braucht es aus unserer Sicht resiliente agrarökologische landwirtschaftliche Systeme, bei welchen der Schutz von Umwelt und Klima und die Ernährungssicherheit im Fokus steht.

Als junge Menschen sind wir auf die existierende Vielfalt und den Zugang zu dieser angewiesen, um uns den kommenden Herausforderungen wie Klimakrise oder Artensterben zu stellen.

Wir wollen für uns und für alle Bürger*innen die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen und damit die Freiheit erhalten, selbst entscheiden und wählen zu können, was wir anbauen, züchten und essen.

Die Natur mit ihrer Biodiversität ist das Wertvollste, was wir haben. Wir gehören dazu und sind dazu verpflichtet, sie zu schützen und vor schädlicher Beeinflussung jeglicher Art, soweit möglich, zu bewahren. Profitorientierte gentechnikbasierte Lösungsansätze, mit denen die komplexen Herausforderungen unserer heutigen Zeit nur einseitig und kurzsichtig betrachtet werden, sind aus unserer Sicht keine Innovation, mit der wir unsere Zukunft nachhaltig gestalten können. Eine Fokussierung auf Verfahren, die hinsichtlich der komplexen Wechselwirkungen im Agrarökosystem und in der Natur nicht absehbare und unumkehrbare Folgen nach sich ziehen, ist für uns kein beschreitbarer und nachhaltiger Weg. Die Einhaltung des EU-Vorsorgeprinzips und die damit einhergehende verpflichtende Risikoprüfung, Zulassung und Rückverfolgbarkeit sind daher aus Sicht der Jugend auch weiterhin für neue Gentechnikverfahren unerlässlich.

junge **AöL**

jabl
Junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

JUNGES NATURLAND  Naturland


NAJU

JUNGE LANDWIRTSCHAFT
SEIT 2012

BUND SIN

 **SLOW FOOD**
YOUTH NETWORK
DEUTSCHLAND

 **Die Freien Bäcker**
Junges Netzwerk


Bioland

Junges Bioland


BUNDjugend
YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

Zeichnung im Juli 2023:

 **BNN.NEXT**

Eine Deregulierung der neuen Gentechnikverfahren wie CRISPR-Cas, ohne umfassende vorherige Risikoprüfung und transparente Dokumentation, nimmt uns zum einen unsere Wahlfreiheit zum Anbau und Konsum gentechnikfreier Lebensmittel sowie die Möglichkeit, uns vor Kontamination innerhalb der Kette zu schützen. Zum anderen bedrohen die Monopole und Patente der Saatgutunternehmen unseren Zugang zu Sorten sowie die globale Züchtung jenseits der großen Saatgutunternehmen. Gentechnik und Patente manifestieren die industriellen/intensiven Produktionssysteme, fördern Abhängigkeiten und stören damit die Ernährungssouveränität und Vielfalt weltweit.

Als junge Menschen, die gentechnikfrei, ob ökologisch oder konventionell, wirtschaften wollen, brauchen wir verlässliche politische Leitplanken, die uns souverän in die Zukunft schauen lassen.

Wir Jugendverbände fordern deshalb:

- Sicherung der Biodiversität als unsere Lebensgrundlage und somit auch das Recht auf gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft
- Wahlfreiheit und Rückverfolgbarkeit sicherstellen
- Patente auf Leben stoppen
- Neue gentechnisch veränderte Organismen (GVO) müssen weiterhin nach dem EU-Vorsorgeprinzip eine umfassende Risikoprüfung durchlaufen
- Wir wollen wählen können! – Auch neue GVO müssen entlang der Wertschöpfungskette bis zum Endprodukt verpflichtend gekennzeichnet werden
- Gentechnikfreie Erzeugung muss möglich bleiben und vor Kontaminationen geschützt werden
- Rückverfolgbarkeit, Rückholbarkeit und Nachweisverfahren müssen eine Voraussetzung zur Zulassung von neuen GVOs bleiben, Anwender*Innen und Inverkehrbringer müssen für das Risiko und Folgeschäden gemäß dem Verursacher*Innenprinzip haften
- Ausbau der Erforschung und Förderung von resilienten agrarökologischen landwirtschaftlichen Systemen